

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 55.

Paderborn, 8. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. **Abonnements auf das Paderborner Volksblatt für die Monate Mai und Juni werden für Paderborn und Brilon zu 6 ⅔ Sgr. und für Auswärtige zu 8 ⅓ Sgr. angenommen.**

### Uebersicht.

Paderborn (General-Versammlung — die Unterstützung der Familien der Landwehrmänner betreffend.)  
Deutschland. Berlin (Familien aus Dresden kommen hier an); Russische Couriere — Behauptung der Zurückberufung der Abgeordneten; Frankfurt (Bassermann; die Ansprache der Baierschen Abgeordneten an die Pfalz; Beschluß der National-Versammlung); Köln (Beschluß des Piusvereins); Breslau (Einrückten der Russen in das Krakaue Gebiet); Braunschweig (die Proclamation an das Volk); Hannover (die Forderungen des Volkes); Lehrs (die Ankunft der Preuß. Truppen); Göttingen (die Deputation); Leipzig (Aufregung des Volkes; die Antwort des Königs); Kaiserslautern (Volksaufstand); Wien (das Treffen bei Asz; die Ankunft der Verwundeten.) Schleswig-Holstein; Kiel (die Wegnahme zweier dänischen Schiffe; General Bonin.  
Frankreich. Paris (die französischen Truppen vor Rom).  
Neueste Nachrichten.

Paderborn, den 7. Mai 1849.

In Ausführung seines Auftrages vom 18. März d. J. hat der unterzeichnete provisorische Ausschuß zur Bildung eines Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien einberufener Landwehrmänner der 5. Compagnie des Paderborner Bataillons eine Generalversammlung auf

### Sonntag, den 13. Mai, Morgens 11 Uhr

anberaumt und ladet dazu die Mitglieder des Vereins, d. h. Alle, welche sich zur Zahlung von monatlichen Beiträgen bereits verpflichtet haben, als auch einen Jeden, welcher dem Vereine noch beizutreten wünscht, dringend ein. Die Versammlung wird zunächst einen definitiven Vorstand des Vereins zu wählen und sodann darüber zu beschließen haben, wie die Einziehung der gezeichneten Beiträge und die Vertheilung derselben zu bewirken sei. Als Versammlungslokal wird der Heising'sche Garten auf dem Libor'schen Berge in Vorschlag gebracht

### Der provisorische Ausschuß.

Wendt. Berger. Hagens. Heitmann. Henrici.  
Jäger. Kröger. Wünnenberg.

### Deutschland.

**Berlin, 4. Mai.** Mit der größten Spannung erwarten wir Nachrichten aus Dresden, von woher heute nur Gerüchte von stattgefundenem Kampfe zu uns gedrungen sind. Die Fürstin Liegnitz, welche in Dresden wohnte, ist in der Nacht hier angekommen, sie hat Dresden mit sehr vielen Familien verlassen. — Die Eisenbahn ist zerstört und, wie es heißt, in Dresden selbst das Volk Meister und das Zeughaus erobert. Heute früh ist von hier aus ein Cabinetscourier nach Dresden abgegangen, der, wie man sagt, preussische Hülfe zusagt.

**C Berlin, 5. Mai.** Herr Bassermann, den die Frankfurter Versammlung als Bevollmächtigten nach Berlin gesandt hat, um mit Sr. Majestät zu unterhandeln, soll sehr unbefriedigt aus den Audienzen, die er bei Sr. Majestät gehabt hat, zurückkommen. — Russische und englische Couriere kommen täglich in Berlin an; so dieser Tage der General-Adjutant des Kaisers von Rußland, General Stroganoff von Petersburg. — Man behauptet, daß in Folge der letzten Frankfurter Beschlüsse die Preussischen, Hannoverischen, Baierschen und Sächsischen Abgeordneten aus Frankfurt zurückberufen seien. — Die eingezogene Landwehr, die größtentheils in Spandau eingekleidet werden wird, soll nach Halle bestimmt sein. Am 10. soll auch die hiesige Landwehr-Cavallerie eingekleidet werden. — Man sagt, daß in Sachsen und Schleßen fliegende Armee-Corps zusammengezogen werden sollen, erstens um nach jedem Punkte Deutschlands verwendet werden zu können, letzters, um etwaigen Ungarischen Gelüsten, in Polen einzubringen, Widerstand zu leisten.

**Frankfurt, 3. Mai.** Die Andeutungen des Bassermann'schen vertraulichen Schreibens scheinen sich auf den, von der Preussischen Regierung im Verein mit den größeren Deutschen Kabinetten (Oesterreich inbegriffen) vorzulegenden neuen Verfassungsentwurf für Deutschland zu beziehen. In demselben sollen dem Vernehmen nach die Bestimmungen des aus erster Lesung hervorgegangenen Entwurfs der Reichsversammlung zum großen Theile beibehalten sein. Volkshaus und Staatenhaus aber sollen eine neue Einrichtung erhalten haben, und das Ganze auf Oesterreichs Miteintritt berechnet sein. Ferner heißt es, daß wenn dieser Entwurf die Anerkennung der Nationalversammlung nicht erlange, dennoch die neue Reichsversammlung durch die provisorische Centralgewalt ausgeschrieben werden solle. Bestätigt sich ein Theil dieses Gerüchtes, so begegneten sich sowohl die Nationalversammlung als auch die Regierungen auf dem Felde gleichartiger Maßregeln und es früge sich einfach, wer den Wettlauf gewänne. Einer andern Sage nach soll Bayern in die Alternative einer innern Krisis gestellt, welche Würtemberg und die Zustände in der eigenen Pfalz und Franken hervorzurufen scheinen, und andererseits der Aussicht, den Kern eines südwestlichen Deutschen Bundesstaates nach dem neu in der Reichsversammlung auftretenden Projekt abzugeben, in ein Schwanken gerathen sein, ob die Verfassung nicht doch noch anzuerkennen sei! Es scheinen demnach auch die Bayerischen Abgeordneten sämmtlich noch in der Versammlung bleiben zu wollen, und die von Einzelnen früher gefaßten Entschlüsse aufgegeben worden zu sein. Die Versammlung zählte heute weit über 300 anwesende Mitglieder; die Zahl der Beurlaubten übersteigt 60, im Mandat sind etwa 490, nachdem die Oesterreicher bis auf 23 ausgetreten sind. D. J.

**Frankfurt, 3. Mai. (Fr. J.)** Die Unterzeichneten Bayerischen Abgeordneten zur Deutschen Reichsversammlung haben folgende Ansprache an die Bewohner der Pfalz erlassen: „In der gefährlichen Lage, in welcher sich gegenwärtig das Vaterland befindet, und bei der ungeheuren Aufregung, welche alle Gemüther ergriffen hat, erachten wir es für heilige Pflicht an unsere Mitbürger uns zu wenden und ihnen unsere Ansicht mitzutheilen über die Mittel, welche wir als die im Momente gebotenen und geeignetsten zur Erreichung des von dem Volke erstrebten Zieles erachten. Gegenüber der neuesten Erklärung des Bayerischen Staatsministeriums, welches den Landtag zum 3. mal vertagt und der Reichsverfassung in unbefugter Anmaßung die Anerkennung unumwunden versagt hat, und gegenüber den neuesten Maßregeln der Oesterreichischen, Preussischen und Hannoverischen Regierung, welche uns zu erkennen geben, daß der Moment der Entscheidung der Geschicke unseres Vaterlandes nahe ist, muß jeder Vaterlandsfreund erkennen, daß, wenn das deutsche Volk nicht wieder um die gehoffte Einheit und Freiheit betrogen werden soll, jetzt Einigkeit vor allem Noth thut, und daß das ganze Volk in allen seinen Gliedern eine entschlossene, kraftvolle Haltung annehmen, wach sein und sich, um nöthigenfalls der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, in Vertheidigungszustand setzen, aber auch mit Besonnenheit voranschreiten muß. Jede Uebereilung, jeder Mißgriff in den Maßregeln, könnte von den unheilvollsten Folgen für die Volkssache sein. Lasset uns daher in den gesetzlichen Mitteln soweit voranschreiten, als es nur immer geschehen kann; aber lasset uns, so lange unsere Gegner noch nicht zu den Akten der Gewalt geschritten sind, unserer Seite die gesetzliche Gränzlinie nicht überschreiten. Dadurch wird die Einigkeit unter den Bürgern selbst am besten gefördert werden, die Macht des Volkes mit jedem Tag wachsen und in Kurzem unwiderstehlich werden. Als solche gesetzlich erlaubte, aber auch durch die Lage des Vaterlandes jetzt gebotene Maßregeln, glauben wir unsern Mitbürgern in der Pfalz folgende empfehlen dürfen: Die Pfalz möge in allen ihren Gemeinden, wo möglich unter Vorantritt ihrer Ortsvorsteher, schleunigst zusammen treten und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen: „1. Die von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung ist mit ihrer Verkündi-